

Danzig, Montag, den 8. April 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hunde-gasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. — Monats-Abonnements 12^{1/2} Sgr.

Preußische Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Westpreußischen Zeitung.

Hamburg, 6. April. Der „Hamburger Korrespondent“ heilt in offiziöser Weise mit, daß der Senat das Civilstandsamt angewiesen habe, Entlassungen aus dem Staatsverband nur denen zu gewähren, welche wirklich aus Hamburg auswandern und auswärts ihr Domicil aufzuschlagen zu wollen erklären.

Hamburg, 7. April. Im Privatverkehr der Börsenhalle herrsche ohne alle bestimmten Motive bodenlose Panique.

Wien, 6. April. Die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain sind heute eröffnet worden. In den verschiedenen Versammlungen wurde ein an den Ministerpräsidenten Fehrn. v. Beust gerichtetes kaiserrisches Handschreiben verlesen, durch welches die Landtage wiederholt zu der Annahme von Reichsrathswahlen aufgefordert werden.

Paris, 6. April. Im heutigen Abendgeschäft auf dem Boulevard war die Rente in Folge beunruhigender Gerüchte zu 66,00 angeboten. Man sprach von einer nach Berlin gegangenen Note, erzählte, daß Marshall Mac Mahon nach Paris berufen sei und befürchtete eine kriegerische Wendung unserer Politik.

Paris, 7. April. Auf dem Boulevard wurde die Rente bei sehr bewegtem Geschäft zu 66, 50, Italienische Rente zu 51, 40 gehandelt. Die anderen Wertpapiere waren sehr angeboten und sind deren Notirungen nicht möglich. Die Kriegsbefürchtungen dauern fort.

Paris, 7. April. In den Departements ist eine ministerielle Affiche verbreitet, welche die Nachricht dementirt, daß die Regierung an Preußen ein Ultimatum gerichtet habe. Die „Patrie“ enthält dasselbe Dementi und bestreitet ferner die Berufung des Marshall Mac Mahon, sowie die gerüchtweise behauptete Bildung eines Lagers von 100,000 Mann an der Ostgrenze. Sie stellt ferner in Abrede, daß eine Anleihe von 300 Millionen bevorstehe. Andererseits hält die „Patrie“ für erforderlich, daß Preußen auf Luxemburg vollständig Verzicht leiste.

Der „Moniteur“ schweigt über die Situation. Die „Liberté“ behauptet, Marshall Foch gehe morgen nach dem Lager von Chalons ab.

Florenz, 5. April. Nach der „Opzione“ übernimmt in dem neu zu bildenden Ministerium General Menabrea, das Präsidium und das Portefeuille des Innern; einem Gericht zufolge ist das Portefeuille der Justiz Crispi angetragen worden, der dasselbe jedoch abgelehnt haben soll.

Florenz, 6. April. Der König hat Rattazzi mit Bildung des Ministeriums beauftragt, nachdem General Menabrea wegen des Todes seines Sohnes abgelehnt hatte.

Florenz, 6. April. Beim Empfang der von beiden Kammern überreichten Arresten teilte der König mit, daß er Rattazzi mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt habe, welches die Versöhnung zwischen Regierung und Parlament herbeiführen solle.

Der König hob ferner hervor, daß von allen augenblicklich vorliegenden Aufgaben die Finanzfrage die wichtigste sei; er sei von der Bedeutamkeit derselben derart durchdrungen, daß er sie persönlich zum besonderen Gegenstande seiner Prüfung mache.

Athen, 5. April. Ricciotti Garibaldi ist mit 150 Gefährten über Korfu nach Italien abgereist. Die Zugänge fremder Freischaaren nach Griechenland haben aufgehört.

Belgrad, 5. April. Ein aus Konstantinopel an die serbische Regierung gerichtetes Telegramm meldet, daß sämtliche fremden Gesandten dem Fürsten Michael Besuch abgestattet haben.

Konstantinopel, 5. April. Der Marineminister Mehmed Ali-Pacha ist zurückgetreten; es gehen Gerüchte über weitere Veränderungen im Kabinett. Man sagt, daß Ali-Pacha wieder wieder Großvizier werden. — Die einberufenen Kreuzen rückten zahlreich in die Depots ein.

Konstantinopel, 6. April. Dmer-

Pascha wird statt des Oberkommandos in Thessalien das in Kandia übernehmen.

Der hiesige russische Gesandte, General-Lieutenant und Generaladjutant des Kaisers von Russland Ignatiess, ist zum Range eines außerordentlichen Botschafters erhoben.

Petersburg, 7. April. Das „Journal de St. Petersburg“ sagt Angelehnungen der überstürzten Urtheile der infändischen Presse über die Abtreitung der russischen Besitzungen in Nordamerika, daß man erst die Details, die Ursachen und die Tragweite dieser Angelegenheit kennen müsse. Vorläufig könne man blos sagen, daß eine für beide Theile vortheilhaft und die erworbenen Rechte achtende Transaktion wahrscheinlich sei. Es würde sich darum handeln, die ost-sibirischen Häfen zu begünstigen, den Kolonien, welche wir nicht gebührend auszubauen vermochten, Aufschwung zu geben und den beiderseitigen handelspolitischen Interessen im stillen Ocean vollkommen Genugthuung zu gewähren.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.
28. Plenar-Sitzung, Sonnabend, 6. April. Der Präsident eröffnet die Sitzung und heilt mit, daß ein Zusatz-Antrag des Freiherrn v. Moltke zu Artikel 58 eingereicht sei, welcher eine Forterhebung der Geldbeiträge und d-s Prozentsatzes an Mannschaften bis zum Erlass eines Bundesgesetzes fordert. — Dann tritt das Haus in die Tagess-Ordnung, die Fortsetzung der Berathung des Abschnitts 11 des Verfassungs-Entwurfs „Bundeskriegswesen.“ Es folgt zunächst die Berathung des Artikels 57 des Verfassungs-Entwurfs. Derselbe lautet:

„Art. 57. Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesamte preußische Militärgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instructionen und Rezipie, namentlich also das Militärstrafgesetzbuch vom 3. April 1845, die Militär-Stragierordnung vom 3. April 1845, die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, die Bestimmungen über Aufhebung, Dienstzeit, Servies- und Verpflegungswesen, Einquartirung, Erlass von Flurbeschädigungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militär-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen.“

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 1. vom Abg. Rohden: die Worte von: „sowohl die Gesetze“ bis „Krieg und Frieden“ zu streichen; 2. von den Abg. Duncker und Waldeck der schon gestern zu Art. 56 gestellte Antrag; 3. vom Abg. v. Forckenbeck: Zu Art. 57 folgenden Zusatz anzunehmen: Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundes-Kriegs-Organisation wird das Bundes-Präsidium ein umfassendes Bundes-Militär-Gesetz dem Reichstag und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlusssellung vorlegen. Bei der Diskussion erhält zunächst das Wort der

Abg. Dr. Bachariae (konstatirt, daß nach einer Privatmitteilung des Herrn Kriegsministers v. Roon die Befreiung der ehemaligen Reichsstände vom Militärdienst unter Art. 57 einbegripen sei).

Abg. Forckel: Die preußische Militärgesetzgebung ist doch eine etwas schwer verdauliche Kost (Murren). Änderungen an derselben sind unerlässlich. Ich betrachte Art. 57 nur als Einführungsgesetz der preußischen Militärgesetzgebung auf die übrigen Bundesstaaten, nicht als solchen, der alle Reglements und so weiter zu Gesetzen erhebe.

Bundes-Kommissar v. Roon: Die verbündeten Regierungen wollten nur die preußischen Gesetze, Verordnungen, Reglements und Instructionen auf den Bund übertragen wissen. Natürlich muß dem Bundesfeldherrn in Rücksicht auf die Vorschriften und Reglements die Hand frei gehalten werden.

Abg. Wigard: Die gegenwärtige Vorlage ist eine unbekannte Größe für uns, die zu genehmigen einen Abgeordneten kaum mit seinem Gewissen vereinbaren kann. (Widerspruch.) Wir beantragen diesen Artikel zu streichen.

Abg. v. Vincke (Olbendorf). Nachdem

die Regierungen sich über diesen Punkt geeinigt haben, dürfen wir ihm unbedenklich zustimmen. Nur vermisste ich eine Bestimmung über die Kriegsleistungen. Wenn in dem Amendement Nr. 129 unter Buades-Militärgesetzgebung ein vollständiges Organisationsgesetz verstanden wird, so ist es nicht annehmbar.

Abg. v. Kehler: Über diese Angelegenheit hätten so viele Worte nicht verloren werden sollen. (Oho!) Es handelt sich vor darum die Bestimmungen, welche bisher für 25 Millionen galten, für andere 5 Millionen zur Geltung zu bringen. Man will dem künftigen Reichstage die Sache vorbehalten, weil diesmal die Wahlen für Ihre (linke) Seite nicht gut ausgefallen sind. (Bravo.)

Abg. Rohden: Ich beantrage die Theilung des Artikels und würde dann für den Satz: „Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesamte Militärgesetzgebung einzuführen. Die Militär-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen.“ stimmen.

Abg. Oberkorn: Auch ich halte die Annahme dieses Artikels für bedenklich. In Sachsen besteht eine gute Militärgesetzgebung, soll die sofort beseitigt werden?

Bundes-Kommissar v. Friesen: Die sächsische Regierung hatte eben das neue Gesetz den Kammer vorgelegt, um so eine Einigung mit der preußischen Regierung herzustellen.

Abg. Twesten: Ich meine, daß es keinen andern Ausweg giebt, um ein einheitliches Bundesheer zu schaffen, als daß wir Art. 57, wie er uns vorgelegt, annehmen und dann uns für das Forckenbeck'sche Amendement aussprechen.

Abg. Dr. Wigard: Wir wollen nicht mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen. Wir haben selbst dann noch, wenn unsere Anträge verworfen wurden, für andere gestimmt, um wenigstens Etwas zu Stande zu bringen. Ich verwarne mich daher gegen eine solche Verdächtigung, wie sie der Abg. v. Kehler ausgesprochen, und erkläre nochmals, daß ich keinem Mitgliede das Recht einräumen kann, als dieses Mitglied selbst ausspricht.

Präsident: Ich finde keinen Vorwurf darin, wenn ein Mitglied sagt, er wünsche eine Entscheidung von einer Versammlung, die besser zusammengestellt wäre. Ein Schluss-Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Gneist: Die Lage der Antragsteller wird durch den Antrag des Abgeordneten Rhoden noch schlimmer, als sie nach der Vorlage ist. Denn wenn auch ein bestimmtes Militär-System eingeführt wird, so bleiben immer noch Mittelglieder für das Ordnungsrecht und die Reglements. Werden diese gestrichen, so entsteht tabula rasa. Wird das Ordnungsrecht nicht einheitlich von dem Bunde übernommen, so entsteht ein endloser Streit unter den verbündeten Regierungen, den die preußische Regierung nicht annehmen kann. Nachdem sich noch der Abgeordnete Schulze (Berlin) gegen die Auslegungen seiner gestrigen Rede durch den Abgeordneten Twesten verwarht hat, wird die Diskussion geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag des Abgeordneten Rhoden abgelehnt, der Artikel der Vorlage selbst mit großer Majorität angenommen. Bei der Abstimmung über den Zusatzantrag des Abgeordneten v. Forckenbeck bleibt das Bureau bei der Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Es muß gezählt werden; hierbei stellt sich folgendes Resultat heraus: Es haben gestimmt für den Antrag von Forckenbeck 134. Dagegen 128. Derselbe ist also angenommen und Art. 57 wird hierauf nebst diesem Amendement mit großer Majorität angenommen. Es folgt die Diskussion über Art. 58. Derselbe lautet:

„Art. 58. Zur Besteitung des Aufwandes für das gesamte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundes-Feldherrn jährlich so vielmehr 225 Thaler, in Werten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt 12.“

Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundes-Verfassung.“

Danzig, Montag, den 8. April 1867.

Insertions-Gebühren: die Petit-Spalte oder deren Raum 1 Sgr.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Netemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasestein & Vogler, in Leipzig: Illgen & Co., in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hunde-gasse 70.

Einzelne Nummern 1 Sgr.

West-Zeitung.

Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundes-Verfassung.“

Zu dem Artikel liegen folgende Anträge vor: 1. Von den Abgeordneten Duncker und Waldeck: den Art. 58 zu streichen; 2. von den Abgeordneten v. Forckenbeck und Gnei:

Zu Artikel 58 hinter dem Worte: „Einrichtungen sind“ einzuschalten: „bis zum 31. Dezember 1871“; 3. von dem Abgeordneten Kraß: Im Artikel 58 hinter den Worten

„Einrichtungen sind“ einzuschalten: „bis zum 31. Dezember 1869“ und nach dem 2. Ali-

nea hinzuzfügen: „Die Höhe der Ausgaben für das gesamte Kriegswezen des Bundes wird für die Zeit vom 1. Januar 1870 ab jährlich durch das Bundesetat-Gesetz festgestellt.“

4. Von dem Abgeordneten Freiherrn v. Moltke: „Der Reichstag wolle beschließen: dem Artikel 58 folgenden Zusatz hinzuzufügen: Bis zum Erlass eines abändernden Bundesgesetzes sind die bestehenden Beiträge fortzuerheben. Ebenso beweist es bis da-

hin bei dem durch Artikel 56 festgesetzten Prozentsatz der Bevölkerung der Bundesstaaten.“

5. Von dem Abg. Fürst zu Solms. Der Reichstag wolle beschließen: nach Art. 58 einen Zusatz-Artikel einzuschalten, folgenden Inhalts: Artikel 58 a. Die nach der Kopfzahl der Friedensstärke des stehenden Heeres berechneten Beiträge (Art. 58) werden nach Ablauf von je 7 Jahren im Wege der Bundesgesetzgebung von Neuem festgestellt.

Bundes-Kommissar v. Friesen: Die sächsische Regierung hatte eben das neue Gesetz den Kammer vorgelegt, um so eine Einigung mit der preußischen Regierung herzustellen.

Abg. Twesten: Ich meine, daß es keinen andern Ausweg giebt, um ein einheitliches Bundesheer zu schaffen, als daß wir Art. 57, wie er uns vorgelegt, annehmen und dann uns für das Forckenbeck'sche Amendement aussprechen.

Abg. Dr. Wigard: Wir wollen nicht mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen. Wir haben selbst dann noch, wenn unsere Anträge verworfen wurden, für andere gestimmt, um wenigstens Etwas zu Stande zu bringen. Ich verwarne mich daher gegen eine solche Verdächtigung, wie sie der Abg. v. Kehler ausgesprochen, und erkläre nochmals, daß ich keinem Mitgliede das Recht einräumen kann, als dieses Mitglied selbst ausspricht.

Abg. Wagner: Der Abg. v. Forckenbeck hat gesagt: bis hierher und nicht weiter. Auch für die konservative Partei giebt es eine Grenze, die sie nicht überschreiten darf. Ich will die Frage militärisch, politisch und finanziell beleuchten. In militärischer Hinsicht folge ich ohne Bedenken von Europa bewunderten Generalstabchef. In politischer Hinsicht werde ich lediglich von der deutschen Einheitsfrage sprechen. Die deutsche Einheit hat uns kein Parlament gebracht, sondern die preußische Armee. Die deutsche Einheit besteht jetzt in der Einheit der Arme. Sie werden mit der Einheit der Arme auch die Dauer des Norddeutschen Bundes auf drei Jahre beschränken! Daß ein Parlament es niemals wagen wird, die Heeresorganisation in Frage zu stellen, ist nach unseren Erfahrungen niemals zu behaupten. Es ist noch nie dagewesen, daß Übergangs-Bestimmungen in eine Verfassungs-Urkunde aufgenommen worden, ohne zu sagen, wohin sie führen sollen. Das Dauernde haben Sie mit Hälfte der Forckenbeckschen Amendements beseitigt. Es handelt sich hier nicht um Wahrung des Budgetrechtes, sondern darum, ob das Parlament auch unbedingte Dispositionen über die Einnahmen erhalten soll. Nehmen Sie diese Amendements an, dann hört mit dem 31. Dezember 1871 die Bestimmung auf, daß die verbündeten Staaten 1 Prozent ihrer Bevölkerung und für jeden Soldaten 225 Thaler zu stellen haben. Damit verlieren wir jeden gesetzlichen Inhalt. (Sehr richtig!) Ihre Anerkennung der Neorganisation ist nicht viel wert, wenn Sie dieselbe wieder aufheben können. Wenn 1872 hieraus ein Konflikt entstehen sollte, so würde es sich darum handeln, ob der König oder das Parlament über das Heer disponieren soll. (Widerspruch, links; Bravo! rechts.) Der Abgeordnete für Wiesbaden hätte seine strenge Mahnung durch sein Votum bestärken sollen. Dem Volke können Sie ohne Resultat nicht entgegentreten, es will seine Binsen zahlen. (Bravo.)

Abgeordneter Knapp: Ich will meinen Standpunkt bezeichnen. (Präsident bemerk-

dem Redner, daß dies nicht zur Sache gehöre.) Gerade hier ist das Entgegenkommen des Reichstages nothwendig und ich glaube, daß trotz der Ausführungen des Vorredners des vorliegende Antrag sich einer großen Majorität zu erfreuen haben wird.

Abg. v. Steinmeier: Es sind von jener Seite Versuche gemacht, die Armee herabzudrücken (Oho!) und Behauptungen aufgestellt, die zurückgewiesen werden müssen, weil sie einen Schatten erzeugen. Wäre das nötige Vertrauen zu der Regierung vorhanden, so würde es anders sein. (Oho!) Diese Herren sehen immer durch getrübte Gläser noch den alten Konstitutionalismus. Sie bezweifeln sowohl die nothwendige Stärke der Armee, wie sie auch die darauf zu verwendenden Kosten als von dem Lande unerschwingliche darstellen und besonders erklären sie die Armee für unproduktiv. Die beiden ersten Punkte hat der Abgeordnete v. Vincke (Olbdorf) gestern durch Böhmen widerlegt. Die Unproduktivität werde ich besprechen. M. h.! Das Gelb bleibt durchaus nicht in der Armee, es fließt gleichsam wie ein fruchtbringender Regen (Heiterkeit links) auf die ganze Bevölkerung zurück, die mit der Armee in Verbindung tritt. Die Behauptung der Unproduktivität der Armee ist also unbegründet. (Heiterkeit.) Wenn uns nun unsere Armee davor bewahrt hat, daß wir nicht auf die Grenzen der Markgrafen von Brandenburg zurückgeführt sind, wollen Sie sie dann auch noch unproduktiv nennen. (Große Heiterkeit.) Gewähren Sie ohne Rückhalt die Titel für die Armee, damit dieselbe stets Vertrauen zu sich selbst habe. (Beifall.)

Abg. Grumbrecht: Ich bedaure, daß ich dem berühmten General, dem Sieger in Böhmen, jetzt nicht folge und ihm in einigen Punkten widersprechen muß. Ich würde dem Hrn. Vorredner auf dem Schlachtfelde gern folgen, aber auf dem wirtschaftlichen Gebiete könnte er wohl uns folgen. (Bustellung links.) Der Hr. Abg. Wagener hat die Gegenseite so auf die Spitze getrieben, daß eine Vereinigung kaum möglich ist. Auch der Volksvertretung muß man ein bescheidenes Maß der Einwirkung auf diesem Gebiete gestatten. Man darf sich nicht leiten lassen blos durch Rücksicht auf den preußischen Verfassungs-Konflikt. Ein solcher Konflikt auf diesem Gebiet wird schwerlich wiederkehren. Ein Pauschquantum für die Armee ist bedenklich, es verleiht dieselbe zur Verschwendug. Der Finanzminister muß auch eine Kontrolle über das Militärbudget erhalten. Eine große nationale Vertretung wird nie die Mittel zur Vertheidigung des Kaiserreiches verweigern. Wenn Sie dem Reichstage die Befugniß, hier mitzureden, entziehen, so verauflassen Sie schwere Gefahren. — Der Präsident verliest ein Zusatz-Amendment des Abg. Bennigen, dahin gehend, den Antrag des Abg. v. Vincke (Olbdorf) zu fassen: Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1871 wird die gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres der weiteren Vereinbarung des Militärbudgets des Bundes zu Grunde gelegt.

Abg. Vincke (Hagen): Meine frühere Opposition betraf die zweijährige Dienstzeit. — Jetzt handelt sich die Hauptfrage um das Ammentement Moltke. Es ist nicht zu leugnen, daß jetzt Deutschland prädominiert. Zu diesem Zwecke müssen wir das Institut der Armees dauernd machen. Man hat von Kompromissen gesprochen. Ich will ein dauerndes Kompromiß zwischen den Vertretern der reinen Volkswirtschaft und des Militärs herbeiführen. In England ist die Armee meist zur Parade da, weil das Land durch seine Lage unangreifbar ist. Der Hr. Abg. Lasler hat gesagt, wir sollten der Zukunft vertrauen; möge er doch erst für seine eigene Existenz sorgen (Heiterkeit), damit er auch künftig in dieser Verfassung zu finden sei. Wenn der Abgeordnete für Harburg meinte, der Konflikt hätte den Staat erschüttert, so bemerke ich, daß er im Gegenteil fester geworden ist. Es handelt sich hier nur um 10,000 Mann, die vom ganzen Norddeutschen Bunde mehr aufgebracht werden sollen. Für Preußen tritt dabei im Verhältniß zu seiner früheren Heeresstärke eine Verminderung ein; nur die kleinen Staaten werden mehr aufzubringen haben, weil sie jetzt nicht mehr von Preußen vertheidigt, sondern ihre Vertheidigung selbst mit übernehmen sollen. Darin liegt keine Vermehrung, die abschrecken könnte, sich diesen Bissern anzuschließen. Diese Bissern müssen nicht blos für die nächsten Jahre sondern auch für die ganze Zukunft bleiben, sonst wird das ganze System ruinirt. Ebenso ist es mit dem Prozentsatz. Sollte in späteren Jahren die Lage von Europa gestalten, daß eine Verminderung eintreten kann, wer hindert dann den Reichstag und die verblüdeten Regierungen, mäßiger Anforderungen zu stellen. Das preußische Volk hat immer zur Regierung gestanden, nicht aber derjenige Theil der Volksvertretung, der die Gedanken des Volkes immer am besten zu verstehen behauptet, der kurz vor dem Ausbruch des Krieges der Regierung alle Mittel verweigerte. Dies werden Sie aus folgendem sehen. (Redner verliest unter großer Heiterkeit und fortwährendem Rufen. Hört! hört!) Das Programm der Fortschrittspartei. Lassen Sie uns der jüngsten Vergangenheit eingeden-

sein, und sichern Sie das Ministerium zur Erhaltung unserer jetzigen Machtstellung. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Dr. Fahl beantragt den Prozentsatz gelten zu lassen bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes.

Abg. Miquel: Die Behauptungen des Hrn. v. Vincke (Hagen) dokumentieren, daß er jetzt zur absolutistischen Partei gehört. (Bustellung links.) Der Hr. Abg. Wagener hat gesagt; die Einheit Deutschlands bestände jetzt in der Armee. Ich sage, sie besteht im Volksbewußtsein und die Armee ist nur ein Mittel dazu. Es kann nicht von jedem Abgeordneten verlangt werden, daß er die technischen Fragen bis ins Einzelne kennt, das würde den Parlamentarismus tödten. Sobald die Militärverwaltung mit dem Ordinarien nicht ausreicht und ein Extra-Ordinarien verlangt, so wird die Volksvertretung mit dem äußersten Misstrauen eine solche Forderung kritisieren und man käme wahrscheinlich von der Fixierung des Budgets zurück. Die Hauptaufgabe der Volksvertretung besteht in der Vermittelung der verschiedenen Verwaltungsbedürfnisse. Wir können nicht auf das Budget recht verzichten ohne die konstitutionelle Entwicklung dauernd zu gefährden.

Abg. Fürst zu Solms-Lich (Große Unruhe; viele Plätze leerer sich. Der Redner ist nicht zu verstehen; er empfiehlt das Ammentement des Abg. v. Moltke.)

Bundeskommisar von Roos: Ich wollte nur eine irrite Behauptung widerlegen. Der Herr Abgeordnete für Harburg hat gesagt, daß durch ein Pauschquantum dem Finanz-Minister die Kontrolle entzogen würde. Diese extreme Behauptung geht von einer extremen Unkenntnis der obwaltenden Verhältnisse aus. Der Kriegsminister gibt keinen Pfennig aus, ohne daß er sich mit dem Finanzminister darüber verständigt hat. An einem Pauschquantum, das habe ich auch im Abgeordnetenhaus erklärt, ist mir nichts gelegen; ich verlange das gesetzliche Gebundensein an bestimmte Ausgabepositionen (Hört, hört!).

Ich hätte durchaus kein Interesse dabei, aus der eigenen Tasche zu wirtschaften. Ein Pauschquantum oder ein Militär-Abonnement, wie es genannt worden ist, ist jene Summe durchaus nicht. Wenn dabei auf Hannover verwiesen ist, so scheint es fast, als hätte der dortige Kriegsminister alle Bedürfnisse der Armee so zu sagen gegen ein Pauschal in Entreprise genommen; das ist in einem großen Lande unmöglich. Erfahren liegen in einem Pauschquantum nicht, wegen der doppelten Kontrolle, die für die gesetzliche Verwendung des Geldes eingerichtet ist. Gewisse Ausgaben müssen unter allen Umständen genehmigt werden. Zu diesen gehören die Ausgaben für die Armee. Es kann sich nur um die Höhe dieser Ausgaben handeln und die wird wieder bedingt durch die Stärke der Armee. Wenn man gleich auf mehrere Jahre Disposition machen kann, so vermag man viel sparsamer zu wirtschaften. Der angezeigte Kopfbetrag von 225 Thaler bedeutet nichts anderes, als daß wir versuchen wollen, so sparsam als möglich zu verwalten. Sollte die Summe nicht ausreichen, so werde ich mich nicht daran stützen, mehr zu fordern. Es ist eine Minimalbewilligung. Ich wünsche nicht, daß die Existenz der Armee für alle Seiten von den Bönen des Reichstags abhängig gemacht wird. Ich kann mich daher mit der Sicherung des guten Rechts und des guten Grundes begnügen. Ich habe gestern gesagt, daß die Bestimmung der 10 Jahre so oben hin gegriffen sei. Aber ein 4jähriger Zeitraum ist doch viel zu kurz, um die Organisation zum Abschluß zu bringen. Ich halte sieben Jahre wenigstens für erforderlich. Mit Ausnahme dieser Zeitbestimmung sind auch die übrigen Amendements nicht geeignet eine Gefahr zu befechten, die nach Annahme des Ammentement Moltke für mich vorhanden war. Lassen Sie uns auch in dieser Frage nach einem Kompromiß schließen. — Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Abg. Tweten: Man darf nicht um der augenblicklichen Lage des Landes willen dauernde Einrichtungen begründen. Wenn man befürchten möchte, daß eine Volksvertretung die nothwendigen Ausgaben zur Ausführung eines Gesetzes verweigern werde, so hört jede Verfassung auf. Damit die Volksvertretung einen Einfluß auf das Budget habe, muß das Recht vorhanden sein, über jede Position des Budgets zu befinden. Beim Konflikt in Preußen handelte es sich um Forderungen zu neuen Einrichtungen. Wir haben bereits große Konzessionen gemacht. Aber die Rechte des Volkes, welche jede Verfassung sichert, dürfen wir nicht aufopfern. Den Einfluß des Finanzministers bewirkt allerdings der bekannte Brief des Herrn von der Heydt an Herrn von Roos. Nach unseren Verhältnissen sind 225 Thlr. die höchste Forderung, die je erhoben worden ist. Wenn auch die alten preußischen Provinzen einige Tausend Mann weniger stellen werden, so steht das doch in keinem Verhältnisse zu den früheren Sätzen. Was die Kosten betrifft, so betrug das Budget vor 1859 nur 31 Millionen, stieg aber bis zu 41 Millionen; für 1867 ist es auf 44 Millionen erhöht worden. Darauf fallen auf den Kopf 202 Thlr. Die Ersparnisse durch Beurlaubungen werden

auch später gemacht werden. Um so höher stellt sich aber diese Berechnung der Kosten. Ich bin der Meinung, daß wir künftig an dieser Bisserei ohne gütliche Einigung mit der Regierung nichts werden ändern können, weil die Reorganisation anerkannt ist. Gestern erklärte der Hr. Kriegsminister, daß dieser Ansatz das zulässige Minimum sei; oder so lange der Norddeutsche Bund Norddeutsch bleiben wird, werden wir nicht gesichert sein. Weit mehr Gewicht lege ich auf das Budget-Recht. Der Hr. Ministerpräsident hat erklärt, daß es sich um ein Übergangs-System handele. Meine Erwägungen für das Pauschquantum bis 1871 sind lediglich Erwägungen des Augenblicks. Für die nächsten Jahre läßt sich mit Sicherheit kein Statut für den Norddeutschen Bund aufstellen; wir müssen daher ein Pausch-Quantum bis 1871 bewilligen; aber nicht länger.

Bundeskommisar von Roos: Es ist mir gesagt, meine Auslassungen hätten Missverständnisse erzeugt. Ich erkläre hiermit so deutlich, als ich kann, daß ich primo loco den Verfassungs-Entwurf angenommen zu sehn wünsche, daß mir demnächst das Ammentement des Fürsten zu Solms erwünscht wäre, wenn die Regierungs-Vorlage nicht zur Annahme käme, ebenso das Ammentement des Freiherrn von Moltke. Die übrigen Ammentements von den Abgeordneten v. Vincke, v. Bennigen und Dr. Fahl stehen im engsten Zusammenhange. Insofern würden sie mir alle drei als nicht feindlos erscheinen. Wenn man auf jenen berüchtigten Brief hingedeutet hat, so ist das nichts Überraschendes. Solche Briefe werden zu Hunderten geschrieben. Das Pitante bei diesem Brief war blos, daß er gestohlen worden.

Abg. v. Blankenburg: Meine Herren, ich möchte Ihnen dringend abrathen, dem Hrn. Abg. Tweten zu folgen, glauben Sie ihm kein Wort. (Heiterkeit.) Wir bekämpfen dasselbe Budgetrecht, welches sich annimmt, jede Position streichen zu dürfen. Im Laufe der zehn Jahre wird sich die Last dieses einen Prozent eo ipso erleichtern. Der Abgeordnete Tweten wollte nicht auf die alten Seiten zurückgreifen. Er hat es aber doch lassen Sie uns auf den Kompromiß, wie ihn der Abgeordnete v. Forckenbeck uns angeboten hat, ehrlich eingehen. Sie sind ja grade gewählt unter dem Mandat, die Mission des Grafen Bismarck zu unterstützen (Unruhe). Die Zahl 225 enthält den Niederschlag der Diplomatie. Der Herr Abgeordnete Miquel hat früher geäußert: Schützen Sie uns vor der Vorurtheit des Particularismus; ich sage Ihnen: Schützen Sie uns jetzt vor dem Fanatismus der partikularistischen Meinungen. Hierauf wurde der Schluss der Diskussion angenommen.

Abg. Lasler weist den Vorwurf zurück, daß es das Programm der Fortschrittspartei gewesen sei, diesem Ministerium keinen Pfennig zu bewilligen. Abg. v. Vincke (Hagen) richtet sich gegen die Abgg. Lasler, Tweten und Miquel.

Abg. Dunder (Berlin) (persönlich): Dem Herrn Abgeordneten für Cossen will ich aus Achtung für seine Verdienste auf anderem Gebiet auf seine verlegenden Äußerungen nicht antworten.

Das betreffende Schriftstück war kein Wahlprogramm, sondern nur unsere Ansicht. (Heiterkeit.)

Ich meine, daß das Ministerium im vorjährigen Jahr ein verwegenes Spiel gespielt hat. Wir wollten eine etwaige Anteile verweigern, um den Konflikt zu schließen.

Präsident der Bundeskommission Grae v. Bismarck-Schönhausen: Ich muß gegen den Ausdruck, Spiel auf das Entschiedenste protestieren; wir haben nur zur Abwehr den Degen ergriffen. Der Ausdruck — — — paßt eben nicht.

Abg. Tweten: Ich muß mich gegen die Meinung des Herrn Kriegsministers vertheidigen, daß ich falsche Zitate angeführt hätte.

Abg. Miquel: Ich habe nicht gesagt, daß Hr. v. Vincke ein Absolutist geworden sei.

Bundeskommisar v. Roos: Ich muß dem Abg. Tweten erklären, daß ich durchaus keine Verhöhlung gegen ihn habe aussprechen wollen.

Abg. Dunder (Berlin): Wenn ich das Wort „Spiel“ gebraucht, so ist es dasselbe Bild, welches der Herr Minister selbst oft braucht.

Abg. Schulze (Berlin): Die Äußerungen des Herrn Vincke gehören zu den üblichen Versöhnungsversuchen; es ist ihm im Abgeordnetenhaus schon darauf gedient worden.

Abg. v. Vincke (Hagen): Vielleicht habe ich Hrn. Miquel missverstanden, dann kann er auch nachher korrigieren, wenn die Stenographen ihn auch missverstanden und irrtümlich geschrieben haben. (Heiterkeit.)

Hierauf folgt die Abstimmung. Bei derselben wird der Antrag des Abgeordneten Grae abgelehnt; der des Abg. v. Forckenbeck angenommen, ebenso der nach diesem Amendment nun abgeänderte ganze Artikel 58. Der Zusatz-Antrag des Abg. Fürsten zu Solms wird abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Hrn. v. Moltke bleibt das Bureau sowohl bei der Probe als Gegenprobe zweifelhaft. Es wird daher zur Zählung der Stimmen geschritten.

Präsident: Ich spreche, wenn auch mit Schüchterheit, die Bitte aus, daß die Mitglieder, die nicht stimmen wollen, den Saal verlassen; seine Stimme in beide Waagewechsel zu legen, ist durchaus unzulässig (Ruf: Sehr richtig!) Es ist aber vorgekommen. Ich will jetzt keine Namen nennen. — Das Resultat der Sitzung ist, daß — im Ganzen haben 269 Mitglieder gestimmt — der Antrag mit 139 Stimmen gegen 130 verworfen wird. Der Abg. Bethy-Huc beantragt jetzt die namentliche Abstimmung über den Zusatz. Das Resultat derselben ist, daß 138 Abgeordnete mit Nein, 130 Abgeordnete mit Ja gestimmt haben. Der Antrag ist also abgelehnt. — Das Ammentement Fahl wird in Bahlung mit 133 gegen 128 Stimmen abgelehnt; ebenso fällt das Ammentement v. Bennigen. — Der Art. 58 wird in Probe und Gegenprobe nach Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung Montag.

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 6. April. In Brüssel und Paris ist ein interessantes Werk: Historische und politische Betrachtungen über die Befestigung von Antwerpen von einem Ingenieur-Offizier, erschienen. Dasselbe gibt eine spezielle Beschreibung der Festung und der Belagerungen, welche dieselben ausgehalten. Die Wichtigkeit, welche diese Festung für Belgien hat, wird mit großem Nachdruck hervorgehoben und auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Werke hingewiesen. Der fortifikatorische Theil des Werkes bildet aber nur den Hintergrund der politischen Betrachtungen welche daran geknüpft werden und als deren Motiv die von dem Verfasser mit großer Lebhaftigkeit aufgefaßte und vorgelegte Meinung zu erkennen giebt, daß Belgien sich in dringender Gefahr befindet. Ausgehend von der jedem Angriff zugänglichen Lage Belgiens reicht der Verfasser eine sehr heftige Polemik gegen das Ministerium. Er beschuldigt dasselbe, die Unabhängigkeit und die Rechte des belgischen Volkes Preis gegeben zu haben, indem es dasselbe über die Gefahren in Unwissenheit erhalten, welchen das Land ausgesetzt sei. Der Nachweis dieser Gefahren führt auf die Verträge zurück, durch welche Belgien geschaffen wurde, und zeigt sich vornehmlich auf die in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen in Betreff der belgischen Festungen. Nicht allein, daß eine Anzahl der Festungen dazu verurteilt gewesen, unter gewissen Umständen fremdländische Besetzung zu erhalten, wäre auch ein Theil der Festungen geschleift worden, und zwar nach dem Modus, daß nur diejenigen davon betroffen, welche England hätten gefährlich werden können, während man diejenigen stehen ließ, die geeignet waren, eine Schutzwehr gegen Frankreich zu bilden. Auf solche Weise wäre Belgien zu einem Vorposten der heiligen Allianz gemacht und durch diesen Umstand erhalten die Bedeutung eines lebenswichtigen Kreises auf welches sich die Vertheidigung des Landes im Notfalle konzentriren müsse. Aber auch dazu sei die Festung in ihrem gegenwärtigen Stande nicht ausreichend. Es ist gewiß interessant, daß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte die Sicherstellung Belgiens durch eine Reform seines Befestigungssystems in der Weise eine ähnliche Frage auftritt. Es scheint dadurch angedeutet, daß Belgien sich in seiner Neutralität unsicher zu fühlen beginnt und auf Angriffen von Außen her gerüstet dagesteht, sich aufgefordert findet. Man darf indeß nicht übersehen, daß die Schriften, die sich in diesem Sinne äußern, hier nur nach Maßgabe der Stellung in Rechnung kommen kann, welche die berechtigten politischen Faktoren zur belgischen Neutralitätsfrage einnehmen. Die Schriften ist vom glibberndsten Haß gegen England von fast schwärmerischen Sympathien für Frankreich erfüllt. Zuvor diese Empfindungen in dem vorbeschriebenen Sinne als politisch berechtigt gelten können, darüber wagen wir ein bestimmtes Urtheil nicht zu fällen, glauben aber soweit mit den Verhältnissen vertraut zu sein, daß wir es überhaupt noch nicht für zeitgemäß erachten dürfen, wenn die belgische Neutralitätsfrage in der Weise der Schriften auf den politischen Schauplatz geführt wird. Vorläufig scheint eine Gefährdung der belgischen Neutralität in keiner Richtung angezeigt. Es wurde im Gegentheil gerade in neuerster Zeit offiziell darauf hingewiesen, daß die Sicherheit Belgiens durch die Verträge hinreichend verbürgt sei und Veranlassung zu einer neuen Sicherstellung nicht vorliege. Diese Ausführungen wurden auch dem mehr im Sinne der vorgenannten Schriften vertriebenen Gericht von einem im Werk stehenden preußisch-belgischen Vertrage durch die Organe der diesseitigen leitenden Politik entgegengestellt. — Die luxemburgische Frage hat nunmehr einen gewissen Abschluß erhalten, von dem aus sich die Auseinandersetzung der Ereignisse überleben läßt, auf die wir hier nur soweit eingehen, als sie tatsächlich beglaubigt wurden. Gewiß ist, daß über den Verkauf Luxemburgs Verhandlungen zwischen Frankreich und Holland schwelten. Dann fand sich der König von Holland veranlaßt, Preußen zu erklären, daß ein Vertrag über den Verkauf Luxemburgs nicht abgeschlossen sei und ohne Zustimmung Preußens auch nicht abgeschlossen werden solle. Strategische Rücksichten lassen diese Zustimmung nicht erwarten. Luxemburg bildet recht eigentlich ein Beispiel für den Modus dessen die Schriften über Antwerpen bezüglich der belgischen Festungen erwähnte und demgemäß die Mächte diejenigen Festungen schließen, welche einen offensiven Charakter annehmen können. Wollen wir Luxemburg nun auch gerade nicht schließen, so steht doch fest, daß es in der Hand Frankreichs den offensiven Charakter annehmen würde, den ihm das preußische Befestigungsgesetz nicht verleiht, welches vielmehr rein defensiver Natur ist. Frankreich hat kein Interesse, dieses Befestigungsgesetz zu befechten, wohl aber würde ein französisches Befestigungsgesetz Luxemburgs Preußen gefährlich werden können. Auf diesen Gesichtspunkt scheint sich die Erörterung der Frage vornehmlich zu richten und zwar nicht allein von preußischer Seite, sondern auch in Süddeutschland, ja selbst in Österreich. Der Umschwung der Stimmung für den norddeutschen Bund und den deutschen Einigungsbund nitt

lebt speziell in einer Beschränkung des preußischen Besitzungsrechts von Luxemburg auf, wie sie entschiedener nicht gedacht werden kann. Wir verweisen auf die Artikel des „Schwäb. Mercur“, der „Neuen freien Presse“, des „Fremdenblatts“ der „Politik“, die sich für die Einigung Deutschlands in dem Umfang einlegen, daß sie auch die Rhein- und Donaumündungen in sie aufgenommen wissen wollen. Es spricht dies für die freundlichen Beziehungen, die sich zwischen Preußen und Österreich gestaltetet, ohne daß deshalb den vorliegenden Gerüchten eines bereits abgebaute Allianzbündnisses das Wort gerebet wäre. Wir können nur wiederholen, daß davon noch nicht die Rede war, wie denn auch unseres Wissens die vorgeblichen Blätter Österreich einen solchen Allianzgedanken nicht beilegten und die Vorwürfe nicht verdiensten, mit welchen sie ein Wiener Correspondent der Leipz. Btg. unter Vorauflösung eines solchen Verhaltens überhäuft.

Den „H. N.“ telegraphiert man aus Niedersburg vom 5. April: Die definitive Erhebung Niedersburgs zu einem Waffenplatz ersten Ranges wird in militärischen Kreisen seit gestern als Thatsache erklärt.

Die Südstaaten gehen mit aller Energie daran, sich völlig kriegsbereit zu machen. Bayern hat beim Bodumer Verein 100 Stück gezogene Feldgeschütze nach preußischem System bestellt; während die darmstädtische Militär-Verwaltung durch Bestellung einer Lieferung von Pickelhauben das Bestreben zeigt, sich recht bald unter dem Schieße der selben zu befinden.

Bon den Vorsänden des Amtes Gießen im Großherzogthum Baden ist eine Petition an den Reichstag eingegangen, in welcher das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Nord und Süd ausgedrückt und der Reichstag ersucht wird, das Werk des neu aufzubauenden Deutschen Bundes um jeden Preis fertig zu machen.

An den Reichstagsverhandlungen nehmen jetzt 291 Mitglieder Theil. Dieselben klassifizieren sich nach ihren Standesverhältnissen wie folgt: 4 Minister, 26 Regierungs- und sonstige Verwaltungsbeamte, 32 Landräthe, 43 Justizbeamte, 17 Rechtsanwalte, 12 Magistrats- und städtische Beamte, 7 Geistliche, 10 Professoren und Lehrer, 9 Generale und Offiziere der Armee, 1 Consul, 3 Aerzte, 3 Redacteure und Schriftsteller, 13 Commerzienräthe, Fabrikanten u. c. (darunter 1 Drechsler und 1 Weber) 6 Kammerherren, 42 Ritterguts-, Gütsbesitzer, Amtleute und Hofstifter, 3 Banquiers und Rentiers, 31 zur Disposition gestellte und pensionirte Militärs und Civilbeamte, unter welchen sich 7 Minister befinden. Nach ihren Geburtsverhältnissen gehören der Versammlung an: 1 königlicher Prinz (Prinz Friedrich Karl), 2 Herzöge, 3 Fürsten 1 Prinz, 29 Grafen, 19 Freiherrn und Barone, 67 Edelleute und 169 Bürgerliche.

Seit Anfang dieses Monats ist den großherzoglich hessischen Anwälten laut Verfügung des preußischen Justiz-Ministeriums nicht mehr gestattet, bei den früher hessischen Landgerichten Battenberg, Biedenkopf, Gladenbach und Böhl zu agieren.

In Paris ist ein neues Journal „La Situation“ gegründet. Man versichert, daß die dazu erforderlich gewesenen 2 Millionen Francs von König Georg V. von Hannover, dem Baron Rothswild in Wien und dem Grafen Wallwitz gezeichnet wurden. Man dürfte übrigens gespannt sein, wie diese drei Herren Actionäre ihre Interessen in dem neuen Journale vereinen wollen.

Frankreich. Paris, 4. April. Es ist hier im Ministerrat die Frage aufgeworfen, ob die Verhandlungen (mit Preußen) fortzuführen seien oder nicht. Die Mehrzahl der Exzellenzen soll sich für den Abbruch ausgesprochen haben, der Kaiser aber gegen heiliger Ansicht gewesen sein. Einstweilen confisziert man die „Ind. belge“ die von einer Protestation Baierns gegen die Abtretung Luxemburgs spricht; die englischen Journale, die erzählen, daß die britische Regierung von Berlin aus eingeladen wurde, den König von Holland auf das Folgen schwere seiner Negociationen aufmerksam zu machen, die Berliner Blätter, die von den unlöslichen Banden zwischen Luxemburg und Deutschland zu sprechen wagen und bis auf die Wiener Journale, die da versichern, Österreich werde die strengste Neutralität beobachten. — Dennoch scheinen diese Vorsichtsmaßregeln gegen eine Invasion . . . verdächtiger Nachrichten, der kaiserlichen Regierung nicht zu genügen, denn der „Moniteur de l'armée“ wird, höre ich, ein Decret, betreffend die Errichtung 40 neuer Batterien bringen und die Lyoner Armee soll Weisung erhalten haben, sich mehr dem Osten und Norden zu nähern. Sollte das Kaiserreich . . . welches der Friede ist, an Krieg denken? Ein Diplomat soll dieser Tage in einem Salon geäußert haben: „Wenn Sie die Ausstellung sehen wollen, so beeilen Sie sich, sie wird nicht lange währen.“ — Vorst bietet die Ausstellung, der Act der „lutte pacifique“, wie die offiziösen Blätter sie nennen, fast täglich das Vorbild künstiger Ereignisse, Prügeleien nämlich zwischen preußischen und französischen Arbeitern, so daß der Sergeant-de-ville-Posten beträchtlich verstärkt werden mußte.

Vokales und Provinzielles.

Danzig, 8. April.

(Die Danziger Zeitung) bringt in ihrer Freitagsnummer einen Artikel, B. unterzeichnet, worin mitgetheilt wird, daß von den Gegnern der Liberalen zwei Flugblätter verbreitet waren,

die Unwahrheiten gegen Herrn Bischoff enthielten. Da unsere Mühe, eines dieser verbreitet sein sollen Flugblätter zu erhalten, bisher vergleichsweise gering ist, so erinnern wir den Einzender jenes Artikels „B“, uns dabei behilflich zu sein, damit auch wir uns von der Wahrscheinlichkeit des Mitgetheilten überzeugen können, widerigenfalls wir die ganze Geschichte für eine Ente erklären müssen. — Außerdem wird der Danz. Btg. mitgetheilt, daß aus einigen Wahlbezirken des Stadtkreises in Betreff der letzten Wahl Eingaben an den Reichstag abgehen werden, in denen nachgerichtet wird, daß Wähler, die Armenunterstützung erhalten, mitgestimmt haben. Sollte sich diese Mitteilung bestätigen, so können wir die Herren Entrepreneure dieses Protestes nur bedauern, da sie sich auf diese Weise gründlich lächerlich machen würden; denn wir hatten bereits dreimal nach diesen Listen gewählt, ohne daß es den Herren eingefallen war, an der geeigneten Stelle einen Protest zu erheben. Warum hatten sie diesen Schritt nicht früher gegen solche Gesetzwidrigkeiten? So lange sie die Sieger waren, schadete es nicht, daß auch eine Unmöglichkeit mit unterließ; nun sie aber die Belegten sind, nun werden sie den Mund groß aufreißen. Du sollst nicht mit zweierlei Gewicht wiegen und mit zweierlei Maß messen! Wenn haben wir überhaupt die Aufstellung solcher manchmalen Wahlstellen zu verdenken? Doch nur den Beamten des Magistrats, der der Mehrzahl nach aus Gefinnungsgenossen der liberalen Partei besteht. Lest doch also euren eigenen Freunden und Gefinnungsgenossen den Text, vielleicht wird das für die Zukunft mehr fruchten!

(Schwurgerichts-Sitzung a. 6. April c.) — Auf der Anklagebank befindet sich das Dienstmädchen Franziska Bocha 21 Jahre alt aus Czehoczyz wegen Kindesmord. Vertheidiger Hr. Justizrat Liebert.

Die Angeklagte diente bei den Foddingischen Chelaten in Czehoczyz und ging ein Verhältniß mit einem Knecht ein, dessen Folgen sich am 7. November p. durch die Geburt eines Mädchens herausstellten, welches später in der Taufe den Namen Marie Franziska empfing. Die Ernährung dieses Kindes war für die Angeklagte eine schwere Aufgabe, da sie selbst eine vater- und mutterlose Waise, nur auf das kargliche Lohn angewiesen war und der Vater des Kindes auch nicht das Geringste für Mutter u. Tochter that.

Ihre Verzweiflung erreichte aber den höchsten Grad als sie am 21. November p. Behufs Wahrnehmung eines Termines sich von ihrem Wohnorte über Rheda nach Neustadt begeben und das Kind mitnehmen mußte. Als die Bocha den Rhedafuß passierte, über welchen ein Steg führt und unter sich den rauschenden Strom sah, überkam sie plötzlich der grausige Gedanke, das Kind aus der Welt zu schaffen. Es war Morgens zwischen 6 und 7 Uhr noch vollständig dunkel und ein Blick in die Gegend überzeugte die Verzweifelte, daß keines Menschen Auge ihr Vorhaben wahrneme. Schnell warf sie das in ihren Armen tragende nur mit einem Tuch umhüllte Kind in den Fluß und eilte unheilumkennend um dessen Schicksal fort. Der Rhedafuß hat an dieser Stelle eine Tiefe von 3 Fuß und wälzt in ziemlich rascher Strömung seine Flutnassen einer Wassermühle zu, so daß sich annehmen läßt, daß der Leichnam des 14-tägigen durch das eisige Wasser sofort erstickten Kindes unter den Rädern der Mühle spurlos verschwunden, und somit eine Aufsuchung desselben unmöglich geworden ist. Als die Angeklagte von ihrem Halbbruder in Neustadt gefragt wurde, wo ihr Kind geblieben sei, hat dieselbe geantwortet, es sei vor 14 Tagen gestorben und von ihr heimlich auf dem Kirchhof in Rheda verscharrt. Es wurden jedoch bald über den natürlichen Tod des Kindes Zweifel laut, die die Verhaftung der Angeklagten zur Folge hatten. Bei ihrer ersten Vernehmung gab sie die ihrem Halbbruder gemachten Mittheilungen zu Protokoll sah sich aber zur Bekennung des Tathums gezwungen, als die Nachforschungen nach der Kindesleiche auf dem Kirchhof zu Rheda erfolglos waren. Der Herr Vertheidiger macht mit Erfolg geltend, daß das Kind möglicherweise gerettet u. noch am Leben sein könnte, mithin ein Mord im Sinne des Gesetzes nicht vorliege, umso mehr als der Beweis dafür, die Leiche fehle. Den Herren Geschworenen wurden die beiden Fragen vorgelegt: ob a die Angeklagte ihr Kind vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet habe oder b der Versuch dazu unter den erschwerenden Umständen der Angeklagten zur Last zu legen sei? Das Verdict der Geschworenen lautet bezüglich der ersten Frage auf „nichtschuldig“ bezüglich der zweiten „auf schuldig“ mit den erschwerenden Umständen.“

Der Spruch des Gerichtshofes schloß sich dem Verdict der Geschworenen in der ersten Frage an, verneinte jedoch in der zweiten Frage die erschwerenden Umstände, da diefelben nicht erwiesen sind und erfolgte die Verurtheilung der Franziska Bocha nach dem Antrage der Staatsanwältin zu 10 Jahren Zuchthaus und 1 Jahr Polizeiaufsicht. Der Hofstifter Wiebe aus Gottswalde wurde von der Anklage wegen Rothzucht freigesprochen.

(Stadttheater) Immer kleiner wird das Häuflein der Tenoristen und mit Besorgniß sieht man das Fach der primo uomo, denn so kam man den Heldentenor parallel mit der prima donna nennen, — verwiesen. Als ein wahrer Stimmenheros ragt dagegen Herr Colomann-Schmidt hervor, der auch in seiner leichten Gastrolle als „Raoul“ in den Hugenotten dies dokumentierte. Alle „Wenn“ und „Aber“ die sich an die Durchführung der Partie knüpfen mögen, lassen wir gerne bei Seite, wo sich die Stimme und die Bravour des Gefangenen so bedeutend zeigt. Ganz besonders wohlthuend war sein Entrée im ersten Acte, die Recitative, welche im feinsten Conversationstone zu halten sind, brachte Hr. Schmidt sehr discret ohne geringste Stimmenprobe, was freilich manchen Zuhörer, welcher an das ganz unvernünftige Loslegen bei jedem höheren Tone gewöhnt ist, sonderbar vorgekommen sein mag. Auch den ersten Theil der Romanze trug Hr. Schmidt sehr zart vor und brachte durch die Steigerung im zweiten Theile den wirksamsten Contrast hervor. Wahrhaft zündend wirkte der Künstler im Quartette des zweiten Actes und in der Kampfscene im 3. Acte. Hier war Hr. Schmidt in seinem Elemente. Mit spielerischer Leichtigkeit und wohlthuender Frische schlug er die höchsten Töne an und wirkte so zündend, daß diese Stelle wiederholt werden mußte. In dem bekannten Duette mit „Valentine“ wurde seine Leistung besonders zum Schlusse (nach dem

Ges-dur-Saite) dramatisch: die sinnliche glühendste Leidenschaft, welche Meyerbeer hier so großartig gemalt, kam zur wirksamsten Gestaltung und war auch Hrn. Schmidt's Spiel, welches in den ersten Acten etwas zurückhaltend gewesen, feurig, der Situation angemessen. Das Publikum zollte der glänzenden Leistung des Hrn. Schmidt begeisterten Beifall, begleitet von stürmischen Herrenrufen. Mit diesen Auszeichnungen nahm indessen auch Hrn. Schmidt Theil und müffen wir hier gestehen, daß ein solcher Raoul die Mitspielenden mit sich fortzieht, so dürfen wir doch nicht mit dem Urtheile zurückhalten, daß die Valentine ohne Zweifel eine geniale Schöpfung dieser Sängerin war. Hr. v. Einem-Hartmann als Königin, Hrn. Koch als Urbain, Herr Melms als Nevers, Herr Eichberger als St. Bris waren zwar sehr gut, aber die Sterne des Abends waren Hrn. Schmidt (Valentine) Hr. Schmidt (Raoul) und Hr. Fischer (Marcel). — W.

(Stadttheater). Gestern Abend hatte die Gastdarstellung des Herrn Alexander Kolert in dem Lustspiel: „Die zärtlichen Verwandten“ wieder eine solche Anziehungskraft für das Danziger Publikum, daß alle Plätze überfüllt waren; ja diese Wiederholung fand sogar mit gesteigertem Beifall statt, und das Zusammenspiel aller Mitwirkenden war noch abgerundeter. Weil nun ein großer Theil theaterlustiger Zuschauer in Erwartung der Plätze abgewiesen werden mußte, so giebt die Direction dem Verlangen auf sofortige Wiederholung nach, und damit sie auch den Ansprüchen der resp. Abonnenten gerecht werden könne, zeigte sich der geschäftige Gast, dessen Darstellung des Oswald Barnewall wirklich eine höchst liebenswürdige ist, in zuvorkommender Weise bereit, morgen Dienstag den 9. d. im Abonnement aufzutreten, und erwiedert dadurch das freundliche Entgegenkommen, welches er in seinen bisherigen Darstellungen beim Danziger Publikum gefunden.

Handel und Verkehr.

Amsterdam, 6. April. Getreidemarkt. Roggen auf Termine 1 fl. höher. Raps nominell, unverändert.

Liverpool (via Haag), 6. April. (Von Springmann u. Comp.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Träges Geschäft.

Middling Amerikanische 12 $\frac{1}{2}$, middling Orleans 12 $\frac{1}{4}$, fair Dollerah 11, good middling fair Dollerah 10 $\frac{1}{2}$, middling Dollerah 10 $\frac{1}{4}$, Bengal 8, good fair Bengal 8 $\frac{1}{4}$, Domra 11, Pernam 13 $\frac{1}{4}$, Egyptiau 15 $\frac{1}{4}$.

Paris, 6. April. Rüböl pr. April 93, 00, pr. Mai-August 95, 00, pr. September-Dezember 95, 00. Mehl pr. April 73, 50, pr. Juli-August 74, 75. Spiritus pr. April 63, 50.

Hamburg, 6. April. Weizen und Roggen f. st. Weizen pr. April 5400 Pf. netto 154 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 140 Br., 148 $\frac{1}{2}$ Gd., Roggen pr. April 5000 Pf. Brutto 95 Br., 93 Gd., pr. Frühjahr 92 Br. u. Gd., Hafer ruhig. Dcl. ruhig loco 25, pr. Mai 25 $\frac{1}{2}$, pr. October 25 $\frac{1}{2}$. Spiritus ohne Kauflust, Preisforderungen unverändert. — Kaffee und Bln. stille. — Wetter regnerisch.

Danzig, 8. April 1867. Bohnverkäufe. Weizen, hellbunt, sein und hochbunt: 124,5 — 126 fl. 95, 97 $\frac{1}{2}$ — 97 $\frac{1}{2}$, 102 $\frac{1}{2}$, weiß 104 fl., 127 — 129 fl. 100, 102 $\frac{1}{2}$ — 102 $\frac{1}{2}$, 105 fl.; 130 — 131 $\frac{1}{2}$ fl., 132 — 133 fl. fein, 105, 108 fl. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19 — fl., 82 $\frac{1}{2}$, 85 fl., 121/22 — 122/23 fl., 84, 86 — 85, 87 $\frac{1}{2}$ fl., 124/5 — 26/27 fl. 87 $\frac{1}{2}$ — 90, 92 $\frac{1}{2}$ fl. 78 85 fl. fl. fl. Scheffel einzuwiegen.

Rogggen, 120 — 122 fl. 60 $\frac{1}{2}$, 61 — 62 fl., 124 — 126 fl., 63 — 64 fl., 72 — 74 fl. 127 — 128 fl. 64 $\frac{1}{2}$, fl. 78 81 $\frac{1}{2}$ fl. preuß. fl. Scheffel einzuwiegen.

Gerste, fl. Futter 98/100 — 103/4 fl. 48, 48 $\frac{1}{2}$, 49 50, fl. 72 fl. fl. Scheffel einzuwiegen. — Gerste, fl. Malz. 102 — 104 fl. 47 $\frac{1}{2}$, 48 — 49, 50, fl. 106 — 108 fl. 50, 51 $\frac{1}{2}$ — 51, 52 fl. 110 fl. 52 $\frac{1}{2}$, 53, fl. fl. gemessenen Scheffel. — Gerste, fl. Malz. 105 fl. 48 $\frac{1}{2}$, 50, fl. 107 — 110 fl. 50 51 $\frac{1}{2}$ — 51 $\frac{1}{2}$, 52 $\frac{1}{2}$ fl. 112 — 114 fl. 53, 54 — 53, 55 fl. 72 fl. fl. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch. 62 $\frac{1}{2}$, 64, 65 fl., abfallende 57, 58 — 59, 61 fl. 70 fl. 90 fl. fl. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 31 — 33 fl. 70 fl. 50 fl. fl. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{4}$, fl. 8000 % Tr. bz.

Für Weizen war heute ein recht lebhafter Markt. Es wurden 560 Last zu einer Erhöhung von fl. 5 — fl. Last gehandelt.

Bedungen wurde: für ord. 118 fl. 500, 119 fl. 530, 123/4 fl. blauspizig, fl. 530 bunt, 119/20, 121/2 fl. 545, 121/2, 123 fl. blauspizig, fl. 550, 124/5 fl. 560, gut. und hellbunt, 124/5 fl. fl. 600, 125/6, 126 fl. fl. 605, 125/6, 126/7 fl. fl. 610, 127, 128/9 fl. fl. 615, 125 fl. fl. 617 $\frac{1}{2}$, 125, 129 fl. fl. 625, 128 fl. fl. 627 $\frac{1}{2}$, hochbunt, 126, 128 fl. fl. 630, 130 fl. fl. 635, 129/30 fl. fl. 640, 131 fl. fl. 645 fl. 5100 fl. fl. Last.

Rogggen höher. Consumtionspreise, 124 fl. fl. 378, fl. 387 fl. 4910 fl. fl. Last. Dotter fl. fl. 4320 fl. fl. Last.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 7. April. Wind: NW.

Angelommen:

Sievertsen, Aravno, — Hansen, Kjøllevig, beide aus Stavanger mit Kohlen. — de Boer, Gezina, — Janzen, Heinrich

— Blaag, Harlingen, — Paterson, Artisan, sämlich aus Newcastle mit Gütern. — de Boer, Fernando, — Pit, Hichetina, — de Boer, Antina, sämlich aus London mit Cement. — Nicol, Desprey, Inverkeithing, — Corneggie, Hugh Millar, St. Davids, — Nasch, Pauline, Shields, — Findley, Favourite, — Scott Ballindalloch, beide aus Alloa, — Loose, Ena, — Hansen, Grossherzogin Alexandrine, beide aus Newcastle, sämlich mit Kohlen. — Farndale, Norjolk (D.), Cardiff, Schienen. — Klahn, Caroline, Stettin, Granitsteine, nach Königsberg bestimmt. — Engeland, Bero, — Copenhagen, Ballast, nach Elbing bestimmt. — Cybe, Borussia, Königsberg, Güter, nach Stettin bestimmt; Mangel an Kohlen. — Meyer, Hans Jan, London, — Gnodde, Doggerboot, Harlingen, — Pedersen, Caroline Marie, Aerösköbing, — Schütt, R. W. Parry, Swinemünde, — Top, Marie Bertha, Delfzyl, sämlich mit Ballast. — Bootmann, Johann, Leer, Eisen. — Voornaal, de Hoop, Delfzyl, alt Eisen. — Meyer, Cathalina van Calcar, London, Güter.

Gesegelt:

Doyen, Minerva, Königsberg, Cement. — Ingram, Saxon (D.), London, — Hansen, Medea (D.), Amsterdam, — Jensen, Urban, Hartlepool, sämlich mit Getreide. Den 8. April. Wind: S.

Angelommen:

Schmidt, drei Brüder, — Groot Catharina Elisabeth, — Frute, Marie, sämlich aus Bremen mit Stückgütern. — Bielke, Nestor, Swinemünde, Mauersteine. — Leyer, Antine, Alloa, Kohlen. — Uttech, Präsident v. Blumenthal, — Domble, Colestina, beide aus Liverpool mit Salz. — Borgers, Awe Broders, Newcastle, Coals und Steine. — Kraest, Carl Richard, Greifswald, Ballast. Nichts in Sicht.

Artikel 113.

Seltsam, bemerkte er, noch nie verspürte ich eine so große Lust nach einem Spaziergang wie jetzt!

Einer seiner Wächter, ein starker, rothaariger Bengel, lachte über diese Bemerkung laut auf und sagte:

Sehr begreiflich!

In der Gerichtskanzlei, während die nötigsten Fragen an ihn gerichtet wurden, um ihn in die Liste der Gefangenen einzutragen, gab er mit einem an Verachtung grenzenden Selbstgefühl die verlangten Auskünfte. Aber als man, nachdem man ihm befohlenen, den Inhalt seiner Taschen auf einem Tische auszuleeren, an ihn herankam, um ihn zu durchsuchen, flamme ein Blitz der Entrüstung aus seinen Blicken und die Hornesgluth auf seinen Wangen sog gleichsam die schwere Thräne auf, die über seine Wange niederzitterte.

Aber auch das war nur ein Augenblick. Er ließ die Häscher gewähren und streckte ruhig die Hände aus, während ihre unheiligen Finger in seinen Gewändern wühlten.

Die Durchsuchung wäre vielleicht noch unendlich demütigender ausgefallen ohne die Dazwischenkunst eines ältlichen, ansehnlichen Herrn mit weißer Cravatte und in Gold gesetzten Brillen, der am Ofen stand und hier zu Hause schien.

Schon bei Prosper's Eintritt, über dessen Bedeutung das Gefolge des jungen Mannes keinen Zweifel ließ, hatte er eine Bewegung des Erstaunens nicht unterdrückt und schien peinlich berührt zu werden.

Er trat näher und schien ihn anreden zu wollen, besann sich aber eines Andern.

So peinlich den Arrestanten das, was an diesem Orte mit ihm vorging, berührte, und so schmerzlich seine Aufregung darüber, so bemerkte er doch, daß die Blicke dieses Mannes beharrlich auf ihm ruhten. Sollte er ihn kennen? Aber so sehr sich Prosper bemühte, sich an den Mann zu erinnern, er glaubte nicht, ihn je gesehen zu haben.

Dieser Herr, dessen ganzes Wesen einen Bureauvorstand ankündigte, war einer der berühmtesten Beamten der Präfectur, Herr Lecoq.

Als die Leute, die Prosper durchsucht hatten, ihn seine Stiefel ausziehen ließen — eine Feile oder ein anderes eisernes Werkzeug braucht so wenig Platz — wirkte Herr Lecoq und sagte:

Schon genug!

Die Diener gehorchten.

Die förmlichkeiten waren damit abgehoben und der unglückliche Cassier wurde in eine enge Zelle geführt, deren Thüre, mit schweren eisernen Riegeln verwaht, hinter ihm zuschlug.

Prosper atmete tief auf, er war allein!

Ja, er glaubte allein zu sein. Er wußte nicht, daß dieser Kerker ein Gehäuse von Glas sei, in welchem der Belastete sich, wie das gefangene Insect unter der Loupe des Entomologen, unter dem Mikroskop befinde. Er ahnte nicht, daß die Wände Ohren haben und diese Klappensfenster stets wache Augen.

Er glaubte so fest, allein zu sein, daß all sein Stolz zusammenbrach und ein Strom von Thränen über seine Wangen stürzte. Die Maske der starren Kaltblütigkeit fiel von seinem Antlitz. Sein so lange zurückgehaltener Sorn brach mit gewitterartiger Heftigkeit los.

Er gebredete sich wie wahnsinnig. Er schrie, er stieb Flüche und Verwünschungen aus. Er schlug seine Fäuste wund an den Wänden. Er gebredete sich wie das wilde Thier, das, in einen Käfig gesperrt, seine erste Bestürzung abschüttelt.

Prosper Berthomé war in der That nicht, was er schien; der stolze, corrective Gentleman, der eine so eisige Ruhe zur Schau trug, hatte heiße Leidenschaften und ein flammendes Temperament.

Eines Tages aber, als er sein vierundzwanzigstes Lebensjahr erreicht hatte, ergriff ihn der Chreyz. Während er jeden heißen Wunsch unterdrücken, im Gefühl seiner Armut jedem Aufschwunge entzagen und gleich einem Novizen, dem seine Tunik zu eng ist, jeden seiner Schritte auf das Knappste bemessen mußte, blickte er in der Welt umher und betrachtete sich jene reichen Geschäftsmänner, denen ihr Geld die Baubruhre von "Tausend und Einer Nacht" gibt und ihr Glück weckt den Reid im seiner Brust. Er schaute nach dem Ursprunge ihres Reichtums um, und suchte den Ausgangspunkt zu ergründen, von welchem aus sie die Leiser großer Unternehmungen geworden, und gewahrte, daß sie alle bei ihrem Anfang beinahe noch weniger besessen, als er.

Wie hatten sie sich emporgeschwungen? Durch Thatkraft, Fachkenntniß und Rücksicht! Der fruchtbringende Gedanke war für sie zur Aladdinlampe geworden.

Da schwur er sich zu, es ihnen gleichzutun und dasselbe Ziel zu erstreben.

Von dieser Stunde an legte er all seinen Trieben und Begehrungen Fesseln an. Er gestaltete nicht seinen Charakter, wohl aber sein äußeres Wesen um.

Seine Bemühungen blieben nicht fruchtlos. Man setzte Vertrauen in ihn und in seine Mittel. Alle, die ihn kannten, sagten;

Es wird ihm gelingen.

Und jetzt lag er hier im Kerker, unter der Anklage eines Diebstahls, und war somit ein Verlorener.

Er täuschte sich nicht über seine Lage. Er wußte, daß der einmal Verdächtigte, gleichviel, ob schuldig oder nicht, eine ewige Mafel trägt, eine Mafel, so unauslöschlich, wie die mit dem glühenden Eisen auf den Rücken des Galerenträflings eingebrannten Buchstaben.

Was konnte es ihm helfen, weiter gegen sein Schicksal zu kämpfen? Wozu könnte ihm ein Triumph nützen, der den Besudelten nicht rein wässt?

Als der Kerkerdiener, der die Nacht hatte, ihm sein Abendessen brachte, fand er ihn auf seinem Lager hingestreckt, den Kopf in sein Kissen gehüllt und in Thränen gehabt.

O, er fühlte jetzt keiu en Hunger mehr jetzt, da er allein war. Es schnürte ihm die Kehle zu, ein dichter Nebel lag über seiner Denkkraft und erdrückte jede geistige Regung.

Da kam die Nacht, es war eine lange furchtbare Nacht, und das erstmal, seit er Mann geworden, hatte er keinen anderen Maßstab für die schlechenden Stunden, als den gemessnen Tritt der Ronden, welche die Schildwachen ablösen.

Erst gegen Morgen schlief er ein, und schlief noch fest, als die Stimme des Kerkermeisters in seine Zelle drang.

Auf, auf! rief man ihm zu, auf zum Verhore!

Mit einem Sprunge war er aus dem Bett. Er sollte also vernommen werden.

(Fortsetzung folgt.)

Berispiel.

Codes - Anzeige.

Heute Morgen 9 1/2 Uhr entschloß sauf meine Schwester, die verwitwete Frau Landschafts-Direktor **Amalie von Graeth**, geb. v. **Foller**. Im Namen der Geschwister und übrigen Hinterbliebenen zeige ich dies tief betrübt an.

Die Bestattung der Leiche findet Dienstag den 9. d. M. Morgens 10 Uhr in Sulwin statt.

Danzig, den 5. April 1867.

[1554] **Antoinette v. Foller.**

Realschule zu St. Johann.

Mittwoch, den 10. April Schluss des Schuljahrs. Der neue Unterrichtscurlus beginnt Donnerstag den 25. April. Zur Prüfung und Aufnahme neuer Schüler werde ich Montag den 15., und zwar ausschließlich für die bereits in die Exponentenliste eingetragenen — Dienstag den 16. und Mittwoch den 17. von 9—1 Uhr in meinem Geschäftszimmer im Schullocate bereit sein.

[1555] **Dr. Panten.**

Nächste Gewinnziehung am 15. April 1867

Hauptgewinn **Grösste Präm. Anleih fl. 250,000** Grösste von 1864.

Gewinn-Aussichten.

Nur 6 Thaler

kostet ein halbes Prämienloos, 12 Thaler ein ganzes Prämienloos, ohne jede weitere Zahlung auf sämtliche 5 Gewinnziehungen vom 15. April 1867 bis 1. März 1868 gültig, womit man fünf mal Preise von fl. 250,000, 220,000, 200,000 50,000, 25,000, 15,000 z. c. gewinnen kann.

Jedes herauskommende Loos muß sicher einen Gewinn erhalten.

Befellungen unter Beifügung des Beitrags, Postenzahlung oder gegen Nachnahme sind baldigst und nur allein direkt zu senden an das Handlungshaus [1556]

H. D. Schottensels in Frankfurt. M.

Berlosoungspläne und Gewinnlisten erhalten Federmann unentgeltlich zugesandt.

Beachtenswerth!

Unterzeichnete besitzt ein vortreffliches Mittel gegen nächtliche Bettläsionen, sowie gegen Schwächezustände der Harnblase und Geschlechtsorgane. Auch finden diese Kranken Aufnahme in des Unterzeichneten Helfanstalt. [1557]

Spezialarzt Dr. Kirchhofer.

in Rappel bei St. Gallen. (Schweiz).

Meinen werthen Kunden die ergebene Mittheilung, daß ich aus der Hälergasse Nr. 46 nach der gr. Mühlengasse Nr. 9 verzogen bin.

Für das mir bis jetzt geschenkte Zutrauen meinen Dank ausprechend, verbinde ich damit die Bitte, mir dasselbe auch in meiner neuen Wohnung gewähren zu wollen.

[1558] **F. Sielmann,** Schuhmacherstr.

Zum Besten der unter dem Protectorat Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Kronprinzessin stehenden National-Invaliden-Stiftung wird am Sonnabend, den 13. April er.

im Artushof unter gefälliger Mitwirkung des Fräulein von Maunz und der Herren Hoffmann, Kämmerer, Paris und Stöckhardt eine musikalische Abendunterhaltung stattfinden.

Das Nähere wird noch bekannt gemacht werden.

[1559] **Lieber.**

Petschaste und Wäschestempel mit 2 Buchstaben für jeden Namen passend, so wie Kupferschablonen zum Wäschzeichen in gothischer und lateinischer Schrift, Cottillon-Orden u. Peitschen, Tanz-Ordnungen in grösster Auswahl, sind stets vorrätig bei **J. L. Preuss, Porte-Maisengasse 3.**

Seine Bemühungen blieben nicht fruchtlos. Man setzte Vertrauen in ihn und in seine Mittel. Alle, die ihn kannten, sagten;

Die Ausstellung der zum Besten der Gründung einer christlichen Herberge in Danzig eingegangenen Gaben findet am Mittwoch den 10. April in den Stunden von 10 bis 5 Uhr auf dem oberen Saale der Concordia, Langenmarkt 15 statt gegen ein Eintrittsgeld von 2 1/2 Sgr. ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen. Für den Verkauf der Gegenstände sind die Tage Donnerstag, den 11. und Freitag, den 12. April von 10 bis 5 Uhr angezeigt.

Auch während der Ausstellung und des Verkaufes werden Gaben alter Art mit Dank angenommen.

[1561]

Das Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin

4. Damm 13

von **A. Gohrband**, vormals **R. Giesebricht**,

empfiehlt seinen Vorrath der modernsten Möbel aller Art in mahagoni, birkenen-, eschen und gestrichenen Arbeiten in vorzüglichster Qualität zu soliden Preisen.

Auf Verlangen werden ganze Garnituren nach genausten Bestimmungen übernommen und aufs Praktischste und Reellste ausgeführt.

[1562]

4. Damm 13. Das Sargmagazin 4. Damm 13.

empfiehlt seinen Vorrath von eichenen, eschenen und sichteten Särgen in allen Größen zu ganz soliden Preisen.

[1563] **A. Gohrband.**

Anthosenz,

nach achtjährigem Bestehen nunmehr als Universal-Composition hergestellt, welche mit voller Berechtigung die Quintessenz des Edelsten und Stärkendsten aus den feinsten und heilkraftigen Pflanzenstoffen genannt zu werden verdient, kann in Wahrheit nicht allein als das angenehmste Parfüm empfohlen werden, sondern hat sich auch als das vorzüglichste unter allen Schmerzstillungsmitteln, ganz besonders gegen jede Art von Zahnschmerzen und Zahnschläden, glänzend bewährt. Als Stärkungsmittel bei Schwächezuständen des menschlichen Körpers und aller seiner Theile, sowie bei Ohnmachten, Kopfschmerzen, Gliederschreinen u. s. w. ist die Anthosenz von hervorragender Wirksamkeit, wie die röhnlischen Anerkennungen vieler geehrten Consumenten zur Genüge beweisen. Die Anthosenz wird in Flaschen zu 5, 7 1/2, 15 und 30 Sgr., = 18, 27, 53 und 105 Kr. rh. verkauft und ihres äußerst lieblichen und anhaltenden feinen Wohlgeruchs wegen nicht nur in den meisten Parfümeriegeschäften, sondern in Folge ihrer sonstigen mannigfaltig guten Eigenschaften auch bereits in zahlreichen Material- oder Specereihandlungen geführt.

Kräuter-Malz-Brüstsast

des Dr. Hess nach langjährigen Erfahrungen in unübertrefflicher Güte nur von dem Unterzeichneten bereitet, ist bei Heiserkeit, Grippe, Husten, Verschleimung, Auswurf u. s. w. so wie überhaupt bei Hals- und Brustleiden aller Art, das allervorzüglichste, bewährteste und beste Hausmittel sowohl für Kinder, wie auch für Erwachsene jeden Alters, und wird in Flaschen zu 5 und 10 Sgr= 18 und 30 Kr. rh. verkauft.

Bei der außerordentlichen Güte und Beliebtheit dieses Kräuter-Malz-Brüstsastes erlaube ich mir, die Herren Wiederverkäufer ganz besonders auf denselben aufmerksam zu machen.

Kräuter-Malz-Kaffee,

nur ächt fabriziert von Dr. Hess in Berlin ist eine Zusammensetzung aus magenstärkender, die Verdauung befördernden Kräuter und gut närrender Bestandtheile. Ohne jede Beimischung draffischer oder narotischer Stoffe, beruht seine heilsame Wirkung nur auf guter Ernährung und Stärkung der Verdauung namentlich bei Magenschwäche; es kann daher den Familien sowohl im Allgemeinen wie besonders für Wöchnerinnen, Ammen, Rekonvalescenten und Kinder, auch bei Scropheln u. s. d. dieser Kräuter-Malz-Kaffee statt des wirklichen, oft schädlichen Kaffee's nach dem Ausspruch bewährter Aerzte auf das Gewissenhafteste empfohlen werden. Der Verkaufspreis pro Packet ist nur 5 Sgr.= 18 Kr. rh. — Nachdem nun durch neue Einrichtungen dieser vorzüglichste Kräuter-Malz-Kaffee in umfangreicher Weise geliefert werden kann, erlaube ich mir, den resp. Herren Kaufleuten, welche davon noch nicht am Lager haben, denselben zum Wiederverkauf zu offerieren und bemerke, daß Herr F. A. Wald, Mohrenstr. No. 37a in Berlin, welchem ich den alleinigen General-Bertrieb für meine sämtlichen Artikel übertragen habe, die Bezahlungsbedingungen stets franco miththeilen wird, jedoch nur auf portofreie Briefe oder Streifbände, aus denen die Firma deutlich zu erkennen ist.

Gegen frankirte Einladung der entsprechenden Geldbeträge an Herrn Wald wird selbiger von obigen Artikeln auch nach allen Orten des In- und Auslandes direkt versenden, ohne Verpackungsosten zu berechnen. Man richte alle Anfragen, Geldsendungen und Bestellungen nur an Herrn F. A. Wald, Mohrenstraße 37a in Berlin.

Berlin.

Dr. Hess,

Königl. preuß. approbiert Apotheker 1. Cl. und technischer Chemiker; Lehrer der Gesundheits- und Naturwissenschaften; Fabrikant von technisch-chemischen und Gesundheits-Artikeln.

[1564]

Angemeldete Fremde vom 7. April 1867.

Englisches Hans. Die Herren: Oberbürgermeister v. Holler a. Bromberg, Rittergutsbes. von Below-Salek a. Salek, Leut. Lehmann a. Hamboer, Particular Milowian aus Rawa, Kauf. Bell a. Sunderland, Kleiber a. Dresden.

Hotel de Berlin. Die Herren: Rittergutsbesitzer Hirschfeld a. Czernan, Kauf. Stadk. aus Breslau, Bauer a. Görlitz, Biglander aus Stettin.

Berliner Börse vom 6. April.

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	103 1/2 b3
Freiw. Anleihe	4 1/	